

Bürgermeister von Mügeln wiegelt ab

Ermittlungen in Sachsen

MÜGELN (dpa). Nach der Hetzjagd auf indische Besucher eines Stadtfestes am Wochenende im sächsischen Mügeln sucht die Polizei Zeugen. „Wir müssen die genauen Abläufe des Geschehens klären und weitere Hinweise auf die Angreifer sammeln“, sagte eine Sprecherin am Montag. Parallel werde die Vernehmung der Inder fortgesetzt. Bislang gab es zwei vorläufige Festnahmen. Die 21 und 23 Jahre alten deutschen Tatverdächtigen sind aber wieder auf freiem Fuß.

Die Sprecherin bestätigte, dass es bei dem Angriff mit zwölf Verletzten ausländerfeindliche Rufe gab. Ein fremdenfeindliches Motiv werde nicht ausgeschlossen. „Wir ermitteln aber in alle Richtungen.“ Zunächst werde wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt. Der Bürgermeister der Stadt, Gotthard Deuse (FDP), widersprach einem rechten Hintergrund. „Bei uns gibt es keine rechtsextreme Szene“, sagte er. Wenn der Angriff einen fremdenfeindlichen Hintergrund habe, müssten die Täter aus Nachbarorten kommen.

Die Polizei hatte erst mehr als 20 Stunden nach dem Vorfall offiziell über die Ereignisse berichtet. Etwa 50 zumeist junge Deutsche sollen nach einer Range-



Der verletzte Kulvir Singh FOTO: DDP

lei im Festzelt in der Nacht zum Sonntag eine Gruppe Inder verfolgt haben. Diese hätten vergeblich versucht, sich bei einem Landsmann in Sicherheit zu bringen. Rund 70 Polizeibeamte drängten die Angreifer schließlich ab. Es wurden acht Inder und vier Deutsche verletzt, zwei Männer kamen ins Krankenhaus. Dort befand sich ein Inder nach Polizeiangaben auch noch am Montag. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) verurteilte die Hetzjagd scharf: „So ein Gewaltexzess ist nicht hinnehmbar.“

Nah ran an die Politiker

Bürger fragen, Abgeordnete antworten und alle können es lesen – das Internet macht es möglich

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL NEUBAUER

FREIBURG. Ihnen brennt eine Frage auf den Nägeln, die Sie einem Politiker stellen wollen? Das geht inzwischen ganz einfach über das Internetportal „abgeordnetenwatch.de“. Was für viele Bürger eine Möglichkeit zum politischen Dialog ist, bedeutet für manche Politiker Zusatzarbeit. Nun sollen auch die Landtagsabgeordneten von Baden-Württemberg erfasst werden.

Die Kluft zwischen Gewählten und Wählern sei einfach zu groß, dachten sich die Gründer von „abgeordnetenwatch.de“ bei einer Volksabstimmung zum Hamburger Wahlrecht vor wenigen Jahren. „Wir haben festgestellt, dass viele Bürger eine große Hemmschwelle haben, sich an Abgeordnete zu wenden“, sagt Martin Reyher von der Internetplattform. Warum soll man nicht das Internet nutzen, um den Politikern eine Frage zu schicken und dann eine Antwort zu bekommen, die von der Öffentlichkeit einsehbar ist?

Die Idee zu „abgeordnetenwatch.de“ (auf Deutsch: Abgeordnetenbeobachtung) war geboren. Erst gab es die Plattform nur für die Hamburger Bürgerschaft, inzwischen sind auch alle Abgeordneten des Bundestags erfasst. Diese Möglichkeit zum Dialog werde gut angenommen, sagt Reyher. Die Bundesbürger hätten seit Dezember 2006 insgesamt 7200 Fragen gestellt, 5400 davon seien von den Politikern auch beantwortet worden.

Doch diese Statistik ist nicht ganz sauber. Wolfgang Schäuble (CDU) zum Beispiel führt zwar die Liste der Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg an – mit 60 an ihn gestellten Fragen. Doch nicht alle Politiker scheinen diese Form der Kommunikation zu schätzen. Schäubles Büro stellt nur eine Standardantwort ins Internet und bittet, doch direkt an sein Büro zu schreiben. Für die Macher von „abgeordnetenwatch.de“ ist auch das eine interessante Information: „Das zeigt ja auch, wie Politiker mit Bürgerfragen umgehen – und der Bürger kann sich seine Meinung bilden“, sagt Reyher.

„Was haben wir in Afghanistan verloren? Warum wird unsere Rente nur minimal erhöht?“ Die meisten Fragen im gesamten Bundesgebiet werden zu den Themen Demokratie und Bürgerrechte, Gesundheit sowie zu Innerem und Justiz gestellt. Unseriöse Fragen werden von ei-



Nicht jeder Bürger hat die Möglichkeit – wie hier dieser Vertreter einer Bruderschaft mit einem Wurstgeschenk beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten –, Politikern so nahezukommen. FOTO: DPA

nem Moderatorenteam aussortiert. Zudem dokumentiert das Politiker-Beobachtungsportal, in welchen Ausschüssen die Abgeordneten sitzen und wie sie bei Beschlüssen abgestimmt haben.

Manche Bürger fragen mürrisch nach, wenn die Politiker sich auf die online-Fragen nicht melden. „Sehr geehrter Herr Erler, warum beantworten Sie nicht die Bürgerfragen? Keine Zeit? Keine Lust? Keine Antworten? Keine Bürgernähe?“, steht zurzeit kritisch beim Freiburger SPD-Abgeordneten. Doch dieser weilt im Urlaub, sagt Peter Fäßler, Mitarbeiter in dessen Büro. Fäßler findet die Idee dieses Portals zwar grundsätzlich gut, die Zusatzarbeit

sei aber für viele Büros kaum zu leisten. Abgeordnete bekämen sowieso schon täglich Hunderte von E-Mails. Dieses Portal sei eher sinnvoll zu Wahlzeiten – wie das Tochterprojekt kandidatenwatch.de.

Die fünfköpfige Gruppe will das Projekt ausweiten auf Baden-Württemberg und weitere Bundesländer. Die Bürger hätten es selbst in der Hand, wie schnell das Portal sich auf ihre Landespolitik ausweitere – je nachdem, wie schnell sie einen Beitrag spenden oder eine Fördermitgliedschaft unterschrieben. Denn damit will sich das Projekt in Zukunft finanzieren.

www.abgeordnetenwatch.de

Gabriel rechnet anders als Glos

Streit über Klimaschutzpaket

BERLIN (dpa). Wenige Tage vor der Kabinettsklausur gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Koalition über die Kosten für das geplante Klimaschutzpaket. Zudem ist zwischen SPD und CDU/CSU umstritten, auf welchem Wege sich der Fachkräftemangel in Deutschland beheben lässt. Die beiden Themen sind Schwerpunkte der Klausur am Donnerstag und Freitag in Meseberg. Gestern Abend haben die Koalitionsspitzen das Treffen vorbereitet. Regierungssprecher Wilhelm sagte gestern, trotz möglicher Mehrkosten werde sich das Klimaschutzpaket auf längere Sicht für die Verbraucher rechnen. Mittel- und langfristig würden „auch die Heizkostenrechnung, die Stromrechnung und anderes mehr sinken“. Die 30 Einzelmaßnahmen sollen die Umsetzung der ehrgeizigen Klimaschutzziele sicherstellen. Zwischen Umweltminister Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Glos (CSU) gibt es aber weiter Differenzen über den konkreten Inhalt des Papiers. Berechnungen des Wirtschaftsministers, wonach die Umsetzung des Pakets Investitionskosten von bis zu 70 Milliarden Euro bedeute, wies Gabriel als „Horrorzahl“ zurück.

KURZ GEMELDET

Merkel bestreikt

Rund 300 Wachleute und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin sind gestern zeitweise in den Warnstreik getreten. Etwa 70 Wachleute vor dem Wohnhaus von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und vor sechs Botschaften legten am Morgen für zwei Stunden die Arbeit nieder, teilte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit. Polizeibeamte, die nicht streiken dürfen, übernahmen den Wachdienst. dpa

Nochmalige Prüfung

Die SPD-Führung hat eine grundsätzliche Überprüfung der Privatisierungspläne für die Deutsche Bahn beschlossen. Es gehe dabei um die Einführung von „Volksaktien“, sagte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck gestern nach einer Sitzung des Parteivorstandes. „Wir wollen nicht, dass sich ein Finanzinvestor einen Brocken schnappt.“ dpa

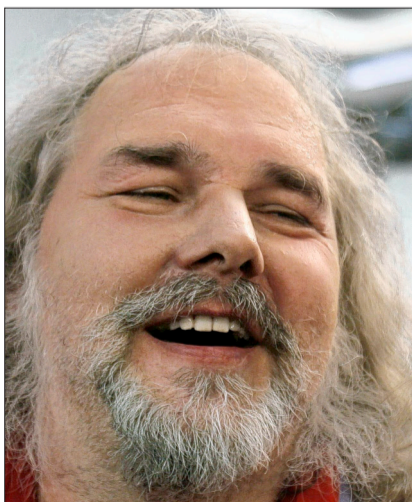
Immer nur nein zu sagen, ist nicht ihre Art

Vor 100 Tagen zog die Linke in Bremen erstmals in ein westdeutsches Landesparlament / Keine Fundamentalopposition

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
ECKHARD STENDEL

BREMEN. Bremen ist immer für politische Premieren gut: 1979 zog hier erstmals eine Grüne Liste in einen deutschen Landtag ein. In ihrer ersten Bürgerschaftssitzung kämpften die mit Sonnenblumen ausgerüsteten und schlipslosen Neulinge lautstark dafür, links von der SPD platziert zu werden – vergeblich. 28 Jahre später, bei der jüngsten Bürgerschaftswahl, schaffte die Linkspartei in Bremen erstmals den Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Ihre sieben Abgeordneten brauchten nur kurz darüber zu verhandeln, dass sie links außen sitzen wollten. Sie nahmen dort gesittet Platz, einer trug sogar Krawatte. Nur das rote Halstuch des Spitzenkandidaten Peter Erlanson und die roten Rosen auf den Abgeordnetenstischen machten deutlich: Wir sind etwas anders als die anderen.

Unruhe wollten sie ins Parlament bringen, hatten die Linken am Wahlabend vor 100 Tagen angekündigt. Davon ist bisher nicht viel zu merken – „weil wir nicht wie die Grünen in ihren Anfangszeiten alle fünf Minuten mit Transparenten auf den Tisch springen“, wie Erlanson anmerkt. Das einzige Spruchband seit dem Einzug der vereinigten PDS- und WASG-Politiker



Peter Erlanson (Linke) FOTO: DPA

stammte von der Jungen Union. Sie entrollte auf der Besuchertribüne ein Laken mit der blutroten Aufschrift: „PDS-Mauer-Mörder raus“.

Es herrsche eher „unterschwellige Unruhe“, findet Erlanson (48), der sich mit der parteilosen Monique Troedel (61) den Fraktionsvorsitz teilt. Die erstmals in Bremen regierende rot-grüne Koalition sei durch Links-Vorstöße irritiert und frage sich: „Was machen wir damit?“ Zum Beispiel, als die Neuen ihren allerersten An-

trag einbrachten: „Zwangsumzüge für ALG-II-Empfänger/-innen stoppen!“ Wenige Tage später legte Rot-Grün einen eigenen Antrag mit ähnlicher Zielsetzung vor. Fast hätte sogar Die Linke dieser Vorlage zugestimmt – wenn sie sich in einem strittigen Punkt mit einem Änderungsantrag durchgesetzt hätte.

Immer nur nein zu sagen, ist jedenfalls nicht ihre Art. Links-Abgeordnete klopfen auch mal Beifall für weiter rechts. Aggressive oder gar klassenkämpferische Töne hört man von ihnen nur selten. Auch Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) bestätigt: „Sie sind gewillt, sich in das Geschehen konstruktiv mit einzubringen. Das sind keine Krawallnummern.“ Also keine Fundamentalopposition. Den Part übernimmt derzeit lieber die CDU: Nach zwölf Jahren Koalition mit der SPD hat sie offenbar noch nicht den Zwangsumzug von der Regierung in die Opposition verkraftet und fällt bisher durch besonders heftige Polemik gegen Rot-Grün auf.

Und die Linke ist fleißig: Während andere Politiker die Sommerpause genießen oder ins Wochenende gehen, tagen die Linken sogar am Freitagnachmittag noch so lange, bis außer ihnen fast nur noch der Pförtner die Stellung hält. Der Fleiß ist aber auch nötig. Denn die Neuen müssen

sich erst überall einarbeiten. „Die Bürgerschaft ist ein bisschen gewöhnungsbedürftig“, findet Klinikumsbetriebsrat Erlanson, der wegen Vollbart und Mähne auch „Karl Marx von Bremen“ genannt wird. „Da ist einerseits ganz viel formalisiert. Aber dann treffen sich ein paar Politiker, schauen sich ganz tief in die Augen, und alles, was vorher offiziell abgesprochen war, ist wieder ganz anders.“

Die Partei sieht ihre Aufgaben auch außerhalb des Parlaments

Insgesamt fühlt sich Erlanson aber erstaunlich fair behandelt, jedenfalls von SPD und Grünen, die dafür gesorgt haben, dass die Linken in allen Ausschüssen vertreten sind, mindestens mit stellvertretenden Mitgliedern. Andererseits macht das neue Regierungsbündnis es den Linken schwer, weil es selber deren Spezialthema „Soziale Gerechtigkeit“ besetzt hat und zum Beispiel einen bundesweiten Mindestlohn propagiert. Aber die Linken sehen ihre Aufgabe ohnehin nicht nur im Parlament. Die neue Fraktion demonstrierte gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm, hält ständig Kontakt zu Arbeitslosen- oder Anwohnerinitiativen, will fünf dezentrale „Bürgerbüros“ einrichten und lässt sich regelmäßig von einem „Aktivenplenum“ Ratschläge geben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Dr. Christian H. Hodeige
BERATER DER BADISCHEN ZEITUNG
Lord Ralf Dahrendorf
CHEFREDAKTEUR: Thomas Hauser
STELLV. CHEFREDAKTEUR: Thomas Fricker
LEITENDE REDAKTEURE:
REPORTAGE/MAGAZIN: Stefan Hupka
HEIMATREDAKTION: Bernd Serger
POLITIK: Thomas Fricker, Frauke Wolter (Stellv.);
SEITE 3: Franz Schmider; LAND UND REGION:
Dr. Wulf Ruskamp; WIRTSCHAFT: Dr. Jörg Buteweg;
KULTUR: Alexander Dick; SPORT: Michael Dörfler;
FORUM: Mechthild Blum
KORRESPONDENTENBÜROS in Berlin, Stuttgart,
Brüssel, Basel und Straßburg
CHEF VOM DIENST: Hans P. Wühler
STELLV. CHEF VOM DIENST: Anselm Bußhoff
LAYOUT/GRAFIK: Wolfgang Grabherr
BZ-EXTRA: Michael Sträter
BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,
Basler Straße 88, 79115 Freiburg
Telefon 0761 - 496-0
Fax Redaktion 0761 - 496-5029
Fax Abonnentenservice 0761 - 496-8696
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709
E-MAIL-ADRESSEN:
redaktion@badische-zeitung.de
forum@badische-zeitung.de
aboservice@badische-zeitung.de

GESCHÄFTSFÜHRER:
Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz
ANZEIGEN: Ralph Strickler (verantwortl.)
VERTRIEB: Thomas Zehnle
PERSONAL UND RECHT: Dr. Verena Ehrlicher

ANZEIGENANNAHME:
Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen
www.schnapp.de

FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ:
Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141
Fax 061 - 27 54 242

DRUCK UND VERSAND:
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom 1. Januar 2007.